

C·A·P Planung...

9./10. April 1999

Transatlantische Lerngemeinschaft:
Drittes Treffen der AG Transformation in
Washington, D.C.

14.-16. April 1999

Meeting der „Work Group 1“ des inter-
nationalen Netzwerkes „Erziehung zu
Demokratie, Menschenrechten und
Toleranz“ in München.

22./23. April 1999

Workshop der Forschungsgruppe Euro-
pa und der Bertelsmann Wissenschafts-
stiftung zur Zusammenführung von EU
und WEU in Paris.

26.-28. April 1999

Expertentagung der Bertelsmann Wis-
senschaftsstiftung, der Forschungsgrup-
pe Europa sowie der Handelskammer
Hamburg/Delegation der Deutschen
Wirtschaft (Kaliningrad) zum Thema
„Strategien der Direkten Nachbar-
schaft für den Ostseeraum und Nord-
west-Rußland“ in Kaliningrad.

29./30. April 1999

Euro-Amerikanischer Runder Tisch für
Mitarbeiter außenpolitischer Fachzeit-
schriften in Kooperation von C·A·P,
German Marshall Fund und Inter-
national Affairs in London.

9.-11. Mai 1999

Transatlantische Lerngemeinschaft:
Viertes Treffen der AG Migration in
Marrakesh, Marokko.

10.-12. Mai 1999

Forum „Decision Makers 2010“ der
Forschungsgruppe Zukunftsfragen in
Frankfurt.

25.-27. Mai 1999

Runder Tisch für Young Policy Makers in
Zusammenarbeit des Korea Economic
Institute of America (University of
California/San Diego) sowie German
Marshall Fund und C·A·P in San Diego.

28.-30. Mai 1999

Geschichtsforum 1949-1989-1999 in
Berlin in Zusammenarbeit von For-
schungsgruppe Deutschland des
C·A·P, ZfZ Potsdam, Bundeszentrale
für politische Bildung und dem Verein
„Gegen Vergessen - Für Demokratie“.

C·A·PANORAMA...

erscheint vierteljährlich und
wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung
(C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 / 4904 290

Fax 089 / 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.cap.uni-muenchen.de>

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Gestaltung: Dr. Jürgen Gros

Redaktion: Dr. Jürgen Gros, Eva

Feldmann M.A., Dr. Thomas Paulsen

Produktion: Bartels & Wernitz, München

Die Amerika-Forschung braucht einen Neuanfang*

von PD Dr. Stephan Bierling und Dr. Thomas Paulsen

Die Arbeitsgemeinschaft Politikwissenschaft der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien mußte ihre Jahrestagung aus Mangel an Interesse absagen. Der zentrale „Think Tank“ der Bundesregierung, die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, läßt die Stelle ihres Amerika-Referenten fast ein Jahr unbesetzt.

Was ist los mit der politikwissenschaftlichen Amerika-Forschung in Deutschland? Nicht viel. Zwar klagt man diesseits des Atlantiks gerne, wie wenig sich denn die Neue Welt noch für die Alte interessiere, aber umgekehrt wird auch in Deutschland die Analyse der amerikanischen Innen- und Außenpolitik recht stiefmütterlich behandelt. Nicht, daß es keine substantielle Erforschung der amerikanischen Politik gebe hiezulande, aber sie findet sporadisch statt und wird von Einzelkämpfern betrieben. Die meisten „Großen“ der deutschen Amerika-Forschung, Ernst-Otto Czempiel und Helga Haftendorn etwa, beschäftigen sich mit Amerika aus Leidenschaft. Ihre Lehrstühle waren oder sind ganz allgemein der internationalen Politik gewidmet. Während es Dutzende Professuren mit Schwerpunkt EU- und Osteuropa-Forschung gibt und sich mehrere Universitäten eigene Institute für amerikanische Literatur und Kultur leisten, ist uns nur eine einzige Professur in Deutschland bekannt, die ausdrücklich die Erforschung der amerikanischen Politik zur Aufgabe hat. Einrichtungen wie das Zentrum für Nordamerikaforschung (Zenaf) in Frankfurt versuchen zwar, die Energien auf Universitätsebene zu bündeln, sind aber mehr Symptom dieses Mißstandes, als daß sie ihn beheben könnten. Die systematische Förderung eines wissenschaftlichen Nachwuchses, der sich mit der amerikanischen Politik beschäftigt, ist unter diesen Umständen nur schwer möglich.

Dies ist auf Dauer nicht tragbar. Ohne Amerika, das dokumentiert der Jugoslawien-Konflikt seit Jahren schonungslos, ist Europa in vielen außenpolitischen Fragen nicht handlungsfähig. Gerade die wachsende Bedeutung der Innenpolitik für die amerikanische Außenpolitik macht eine kontinuierliche Beschäftigung mit der Entscheidungsfindung in Washington heute wichtiger denn je. Weder das Dringen der Vereinigten Staaten auf eine Ost-Erweiterung der Nato noch ihre Sanktionen gegen Kuba, noch ihre Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs sind zu verstehen, wenn man die Stimmung im Kongress nicht kennt. Wir brauchen die institutionelle Verankerung der amerikanischen Politik in der deutschen Forschung. Das heißt nicht unbedingt neue Stellen und mehr Geld, sondern eine Konzentration der Ressourcen - durch die Umwidmung frei werdender Professuren, durch die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die Forschungsprojekte bundesweit koordiniert und deren Ergebnisse der Politik und der Wirtschaft zur Verfügung stellt, durch die Schaffung von Amerika-Zentren, die von öffentlichen und privaten Trägern finanziert werden. Daß dies möglich ist, zeigen die „Centers of Excellence“, die an mehreren amerikanischen Universitäten zur Verbesserung der Deutschland-Forschung errichtet wurden.

Sollte ein Neuanfang der politikwissenschaftlichen Amerika-Forschung nicht gelingen, wird das nicht allein zum Schaden der deutschen Universitäten sein. Gerade nach dem Wegfall der traditionellen Begründungsmuster für die transatlantische Gemeinschaft dürfte Unkenntnis der erste Schritt zu einer dauerhaften Entfremdung der Partner sein.

* Der Beitrag ist in der FAZ v. 9. Januar 1999 erschienen. Die Verfasser sind Politikwissenschaftler an der Universität München und am Centrum für angewandte Politikforschung.

C·A·P Prolog...

Schattendiplomatie ...

... gehört zu den eher unterschätzten Arbeitsbereichen angewandter Politikforschung. Ein anschauliches Beispiel ihrer Wirkungsmöglichkeiten bietet das von Bertelsmann Stiftung und Forschungsgruppe Europa des C·A·P durchgeführte Projekt zur Zukunft des Kosovo.

Über zwei Jahre hinweg haben wir in vertraulichen Konferenzen Vertreter der serbischen und der kosovo-albanischen Politik und Wissenschaft zusammengeführt, um mit ihnen gemeinsam eine Regelungsperspektive zu erarbeiten. Beide Seiten waren im Verlauf des Dialogs bereit, in gemischten Arbeitsgruppen verschiedene Regelungshypothesen zu durchdenken. In einem von allen getragenen Regelungskonzept haben wir schließlich praktische Verbesserungen der Lage der Menschen mit einem Interimsabkommen über die Steuerung des Wandels verbunden. Nach der Eskalation der Gewalt 1998 mußte das Konzept durch den Aspekt der Einbindung der internationalen Akteure ergänzt werden. Der Vorschlag ist am 20.1.1999 in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht worden. Seine Struktur zeichnete das Verhandlungskonzept der NATO-Staaten für Rambouillet vor.

Rückblickend betrachtet, hing der Erfolg des Projekts von drei Faktoren ab: von der Glaubwürdigkeit der Projektpartner als engagierte aber unparteiische Moderatoren, von der Bereitschaft der lokalen Akteure, sich auf einen durch ihre politische Positionen nicht gedeckten Beratungsprozeß einzulassen und von der Beteiligung von Vertretern anderer Regierungen und internationaler Organisationen in ihrer persönlichen Kapazität. Die Ergebnisse sprechen dafür, dieses Instrument auch in anderen Bereichen präventiver Außenpolitik zu nutzen

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Modernisierung der deutschen Einwanderungspolitik

Die Debatte über die Einwanderungspolitik droht zu einer Zerreißprobe für die deutsche Politik zu werden. Bei der Diskussion über die richtige Reform ist der Blick über den nationalen Tellerrand hinaus hilfreich. Die europäischen und amerikanischen Partner stehen in der Migrationspolitik vor ganz ähnlichen Herausforderungen, befürworten jedoch zum Teil ganz unterschiedliche Problemlösungsstrategien. Diese Konstellation eröffnet die Möglichkeit, „Best Practices“ zu identifizieren und von den Erfahrungen anderer zu lernen. Die „Transatlantische Lerngemeinschaft“ (TLC), ein Gemeinschaftsprojekt des C·A·P, der Bertelsmann Stiftung und des German Marshall Fund, verfolgt einen solchen Ansatz, indem sie zum Thema „Migration“ einen internationalen Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern und Experten auf beiden Seiten des Atlantiks organisiert.

Aus dieser internationalen und praxisorientierten Perspektive heraus hat die „Transatlantische Lerngemeinschaft“ die Koalitionsvereinbarungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Einwanderungspolitik analysiert. Die Stellungnahme wurde auf einer Pressekonferenz in Bonn von Prof. Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung und Direktor des C·A·P, und Craig Kennedy, Präsident des German Marshall Fund, vorgestellt. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Patrick Weil (Beauftragter der französischen Regierung Jospin zur Reform des französischen Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrechts) und Jonas Widgren (ehemaliger Staatssekretär für Einwanderung in Schweden unter der Regierung Palme, derzeit Direktor des International Center for Migration Policy Development, Wien) kommentierten und erläuterten den Bericht.

Die europäischen und amerikanischen Autoren der Studie (neben Weil und Widgren fungieren noch Susan Martin, ehemalige Leiterin des Sekretariats der US-Kommission zu Fragen der Einwanderungsreform, sowie Prof. Phil Martin, Leiter zahlreicher amerikanischer Forschungsprojekte zum Thema Migration, als Co-Chairs der Arbeitsgruppe Migration) begrüßen den Willen der Bundesregierung, die nationale Politik zu modernisieren und auf eine europäische Harmonisierung auszurichten. Dennoch - so die Kritik - werden die Vereinbarungen einer innovativen Einwanderungspolitik nicht gerecht. Die Autoren der Studie begrüßen zugleich aber den Ansatz der Koalition, die doppelte Staatsbürgerschaft als ein Faktum zu akzeptieren. Jedoch sollte diese nicht überbetont werden, da sie sowohl unter juristischen Aspekten als auch als Integrationsinstrument durchaus fragwürdig sei. Grundsätzlich näherte sich Deutschland mit der doppelten Staatsbürgerschaft aber an europäische Standards an.

Der Bericht zur deutschen Einwanderungspolitik ist unter www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/papers.html verfügbar.



V.l.n.r.: Craig Kennedy, Werner Weidenfeld, Ekin Deligöz.

Netzwerk „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ gegründet

Zunehmende Komplexität und Vielfalt der Lebensumwelt überfordern nicht nur die Steuerungskapazitäten politischer Institutionen, sondern stellen auch besondere Anforderungen an jeden einzelnen Bürger. Vielfalt unterschiedlicher Religionen, Ethnien und Kulturen wird nicht von jedem als Bereicherung erlebt. Vielmehr steigt damit der Bedarf nach der Vermittlung der notwendigen Kompetenzen zum friedlichen Umgang mit den täglichen Konflikten einer pluralistischen Gesellschaft. Toleranz wird zu einem Schlüsselbegriff für die Zukunftsfähigkeit der demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, da der einzelne in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Vielfalt erfahren wird.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ hat die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung das Internationale Netzwerk „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ initiiert. Auf Einladung der Stiftung versammelten sich Vertreter von sieben Organisationen aus den USA, Israel, Polen, den Niederlanden, Österreich, Nord-Irland und der Slowakischen Republik in Schloß Hohenkammer bei München. Unter Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld wurden die unterschiedlichen Ansätze und Erfahrungen zur Vermittlung von Toleranzkompetenz diskutiert. Das Arbeitstreffen etablierte nicht nur das Netzwerk, sondern beschloß auch die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen. Während eine Arbeitsgruppe sich den methodische Fragen der Vermittlung stellen wird, stehen in der zweiten Arbeitsgruppe didaktische Fragestellungen im Vordergrund.

Wesentlich sei, so Weidenfeld, daß mit diesem Netzwerk nicht nur der Dialog zwischen den internationalen Partnern organisiert wird, sondern auch gemeinsam neue Fragestellungen identifiziert und entsprechende Antworten erarbeitet werden.

Weitere Informationen zum „Internationalen Netzwerk“ finden sich unter: www.cap.uni-muenchen.de.

MuT - Miteinander und Toleranz. Ein Fortbildungsprogramm für die Polizei

Im Rahmen der Polizeireform modernisiert die Polizei in Niedersachsen ihre Ausbildung und viele Bereiche ihrer Fortbildung. Das Ziel dieser Anstrengungen ist eine bürgerorientierte Polizei, die den neuen Anforderungen einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft gerecht wird. Übungen aus den Programmen „Miteinander“ und ACHTUNG (+) TOLERANZ sollen künftig das Spektrum der polizeiinternen Aus- und Weiterbildung ergänzen. Das niedersächsische Bildungsinstitut der Polizei, die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und die Forschungsgruppe Jugend und Europa planen ab Frühsommer 1999 die Erprobung und Implementierung dieses polizeispezifischen Seminar-konzepts.

Prof. Werner Weidenfeld überreicht auf der Konferenz in Schloß Hohenkammer Lucille S. Kantor, Chair des International Program of the „A World of Difference Institute“, ADL, das neu erschienene Praxishandbuch „Eine Welt der Vielfalt“.



Europa föderal organisieren

Die effiziente und hinreichend legitimierte Ausübung von Hoheitsrechten durch die Europäische Union setzt klare Verfassungsstrukturen ebenso voraus wie eine deutliche Abgrenzung der Handlungsbefugnisse auf europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene. Dieser Band stellt ein Reformkonzept für die Europäische Union vor, das auf die Entwicklung einer europäischen Vertragsverfassung abzielt. Im Mittelpunkt steht dabei die Formulierung der Grundlagen für eindeutige Kompetenzverteilung und künftige Übertragungen von Zuständigkeiten an die europäische Ebene. Das neue Ordnungsmodell zeigt Wege auf, wie eine klare Aufgabentrennung im europäischen Mehrebenensystem verwirklicht werden kann, ohne die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses zu gefährden.

Thomas Fischer/Nicole Schley: **Europa föderal organisieren. Essentialia einer Strukturreform der Europäischen Union zur Jahrtausendwende. Strategien für Europa**, Gütersloh 1998, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-837-1, 50 S., 20,- DM.

Eine Welt der Vielfalt

Die bewußte Wahrnehmung von kultureller Vielfalt, das Erkennen der Auswirkungen von Intoleranz und das Erlernen von Handlungsstrategien gegen Vorurteile und Diskriminierungen stehen im Vordergrund des Trainingsprogramms „Eine Welt der Vielfalt“. Es wurde vom A WORLD OF DIFFERENCE-Institute der Anti-Defamation League in New York entwickelt. Seit vielen Jahren wird es mit großem Erfolg in amerikanischen Schulen, Universitäten, Behörden und Unternehmen eingesetzt. Nun liegt es auch als Adaption für den Schulunterricht in Deutschland vor. Das Trainingsprogramm „Eine Welt der Vielfalt“ wendet sich an Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufe I. Es besteht aus fünf Lektionen und 35 Übungen mit vielen praktischen Anwendungstips. Mit erfahrungsorientierten Methoden vermittelt es den Schülern ein Bewußtsein für die eigene kulturelle Identität und regt zum Perspektivenwechsel an. „Eine Welt der Vielfalt“ wurde in zahlreichen Seminaren mit Lehrerinnen und Lehrern erprobt und stellt einen neuen Ansatz interkultureller Erziehung vor.



Bertelsmann Stiftung/Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.): **Eine Welt der Vielfalt. Ein Trainingsprogramm des A WORLD OF DIFFERENCE-Institute der Anti-Defamation League, New York, in der Adaption für den Schulunterricht**, Gütersloh 1998, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-9289204-832-0, 161 S., 45,- DM.

Zu Gast am C·A·P

Prof. Dr. Hedva Ben-Israel, emeritierte Historikerin und vormalig Inhaberin des Lehrstuhls für Nationale Befreiungsbewegungen an der Hebrew University in Jerusalem, wird im Rahmen des gemeinsam von C·A·P und Bertelsmann Stiftung durchgeführten Projekts „Netzwerk Europapolitik an Israelischen Hochschulen“ das Sommersemester 1999 als Gastprofessorin am Geschwister-Scholl-Institut verbringen. Die Nationalismus-Expertin wird zwei Veranstaltungen anbieten: „The Theory and Practice of Modern Nationalism“ sowie „Testing Theories of Nationalism: Case Studies“. Daneben wird sie sich europabezogenen Forschungen am C·A·P widmen.

C·A·P·Porträt

Andreas Kießling M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld. Zudem leitet er in der Forschungsgruppe Deutschland die Redaktion des „Handbuchs zu deutschen Einheit. 1949-1989-1999“. Sein Arbeitsschwerpunkt in der Forschungsgruppe Deutschland liegt im Projektbereich „Stabilität und Wandel des Parteiensystems/Wahlen“. Er hat in München Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte sowie Öffentliches Recht studiert.



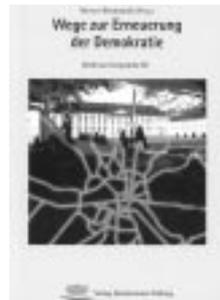
Werner Weidenfeld: **Zeitenwechsel. Von Kohl zu Schröder. Die Lage**, Stuttgart, 1999, DVA, ISBN 3-421-05205-0, ca. 200 S., 29,80 DM

Zeitenwechsel: Von Kohl zu Schröder

Der Machtwechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder vollzog sich zum Erstaunen vieler völlig undramatisch. Hatte noch der Abgang von Willy Brandt wie der von Helmut Schmidt die Seele der Nation in Schwingungen versetzt, so endete die Ära Kohl nur in einem leisen Aufseufzen der Republik. Dabei waren die Begleitumstände des Regierungswechsels so dramatisch wie nie. Die längste Amtszeit eines Bundeskanzlers ging zu Ende. Die größte Wählerwanderung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war zu registrieren. Und erstmals wurde ein Regierungswechsel durch den Wähler erzwungen. Ist es „nur“ demokratische Reife oder einfach fairer Stil, wenn die Regierung Kohl ihren Rückzug mit geradezu geschäftsmäßiger Beiläufigkeit vollzog? Oder hat sich nicht doch eine Verschiebung in der Tiefendimension von Politik und Gesellschaft vollzogen? Hat das Ende des Ost-West-Konflikts das Wahlverhalten verändert? Welchen Einfluß hat der Verlust der festen Milieuverwurzelung der Parteien auf die politische Kultur der Bundesrepublik? In seinem Buch zum Zeitenwechsel gibt Werner Weidenfeld Antworten auf diese Fragen und beschreibt die Lage der Nation nach dem Wechsel der Macht.

Erneuerung der Demokratie

Die moderne Demokratie durchläuft einen Wandlungsprozeß, in dem die politischen Handlungs- und Gestaltungsräume immer enger werden. Globale soziale und wirtschaftliche Veränderungen machen Reformen zur Wiederherstellung der politischen Handlungsfähigkeit notwendig. Eine Erneuerung der Demokratie wird im wahren Sinne erst dann erreicht, wenn sie nicht nur auf aktuelle Problemlagen reagiert. Die grundlegende Reformherausforderung besteht darin, moderne demokratische Systeme auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Zur Stärkung der demokratischen Legitimation und Steigerung der Handlungsfähigkeit in der Politik gilt es, flexible und innovative Strategien zu entwickeln, die neue Formen der Bürgerbeteiligung mit einschließen.



Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Wege zur Erneuerung der Demokratie. Bellevue-Gespräche III**. Gütersloh 1998, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-393-0, 130 S., 20,- DM.

In diesem Buch werden Möglichkeiten zur Reform politischer Institutionen diskutiert. Es wird zudem gezeigt, wie Wege aus der Politikverflechtung im kooperativen Föderalismus gefunden werden können. Leitlinie ist es dabei, Entscheidungskompetenz und Folgeverantwortung wieder in Übereinstimmung zu bringen, um das Erfolgsmodell Demokratie langfristig zu sichern.

Geschichte und Folgen der deutsche Einheit

50 Jahre Bundesrepublik, 40 Jahre Teilung, 10 Jahre Einheit. Das Jubiläumjahr 1999 ist Anlaß, auf die Schlüsseldaten der deutschen Nachkriegsgeschichte zurückzublicken. Im Vergleich zur letzten Ausgabe des Standardwerks werden deshalb bilanzierend zeitgeschichtliche Aspekte in den Mittelpunkt gerückt. Neben der Überarbeitung und Aktualisierung bereits vorhandener Artikel enthält das Handbuch neue Stichworte - wie etwa „Doppelte Staatsgründung“ oder „Verhandlungen zur deutschen Einheit“. Die sachkundige Problematisierung der vielfältigen Themen, die in über 70 Beiträgen von „Ausländern“ bis „Wirtschaft“ reichen, soll dem Leser bei der individuellen Einschätzung der Geschichte der deutschen Einheit und ihren Folgen helfen.



Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): **Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999. Neuausgabe**, Frankfurt a.M./New York 1999, ISBN 3-593-36340-6, 840 S., 78,- DM.

Demokratie- und Toleranzerziehung in Polen

Nach einer zweijährigen Testphase mit polnischen Pädagogen und Multiplikatoren der Jugendarbeit liegt nun ein umfassendes Seminarprogramm mit insgesamt drei Planspielen vor. „Nichts ohne uns über uns! Mein Beitrag zur Demokratie“ ist der Titel des Programms, das innovative Inhalte und Methoden für die freie, nicht-staatliche Jugend- und Erwachsenenbildung in Polen enthält. Es ist das Ergebnis der erfolgreichen Kooperation zwischen der Forschungsgruppe Jugend und Europa, der Bertelsmann Wissenschaftstiftung sowie polnischen Partnerorganisationen aus dem Bereich der europäischen Jugend- und Erwachsenenbildung: der IJBS in Kreisau, der polnischen Robert Schuman Stiftung in Warschau und dem Angelus Silesius Haus in Breslau. Zudem gelang es, die „Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ zur Finanzierung der Publikation zu gewinnen. Die erste Auflage des Methodenpakets erscheint voraussichtlich im Frühsommer dieses Jahres.

In diesem Projektrahmen wurde zudem mit über 30 maßgeblichen Institutionen der europäischen Jugend- und Erwachsenenbildung ein polnisches Netzwerk etabliert. Diese bieten das Seminarprogramm weiterführend polnischen Multiplikatoren und Jugendlichen an. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa denkt darüber nach, das Programm auch für den deutschen Bildungskontext zu adaptieren.

Informationsplattform für die Themen des 21. Jahrhunderts

Mit Hilfe von „Zukunftsportalen“ - einer Auswahl kommentierter Links zu den gesellschaftlichen Schlüsselthemen des 21. Jahrhunderts - unterstützt die Forschungsgruppe Zukunftsfragen die Nutzer des Internet. (www.hoehst-forum.uni-muenchen.de). Thema des ersten Portals: die digitale Gesellschaft. Das zweite Portal widmet sich der Bio- und Gentechnik und beschäftigt sich u.a. mit den Bereichen Bioethik, Biodiversität und Klonierung. Die Portale sind Teil des Projektes „Wie wir morgen leben wollen“, das das C·A·P zusammen mit der Hoechst Stiftung, Frankfurt, durchführt. Ziel der Portale ist es, einen überblicksartigen Zugang zu den Themen der Zukunft zu ermöglichen und gleichzeitig eine Plattform für verzweigte Recherchen anzubieten. Die Portale werden kontinuierlich aktualisiert und im Laufe des Jahres um weitere Felder ausgebaut. Als nächstes steht die neue Informationsökonomie (new economy) auf dem Programm.

C·A·P-Forum zur Systemtransformation

Im Rahmen eines C·A·P-Forums referierte der frühere polnische Außenminister und heutige Senator Prof. Wladylaw Bartoszewski zum Thema „Transformation in Polen - Erfolge, Risiken, Mißverständnisse“. In seinem Vortrag beleuchtete Bartoszewski zunächst den politischen Kontext: Mit der bevorstehenden Aufnahme in die NATO sowie in absehbarer Zeit in die Europäische Union kehrt Polen offiziell nach Europa zurück. Die volle Einbindung in die europäischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Strukturen bedeutet für Polen einen Meilenstein im inneren Transformationsprozeß und in der außenpolitischen Neuorientierung. Wie bei jeder „Erfolgsstory“ gilt es aber auch, Schwierigkeiten zu überwinden und aktuelle Probleme zu meistern. Daher spielt, so Bartoszewski, bei der neuen politischen Weichenstellung die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle.

C·A·P Personalia ...

... der Direktor des C·A·P, Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, wurde in den Beratenden Ausschuß des Instituts für Wirtschaftspolitik in Sofia berufen.

... im Rahmen der gemeinsamen Expertenkonferenz der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking referierte der stellvertretende Direktor des C·A·P, Josef Janing, zum Thema „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung“. Am European Union Center of the University System of Georgia, Georgia Tech, Atlanta, trug er zum Thema „Globalisierung und die Rolle regionaler Integration“ vor.

... auf Einladung der Fletcher School of Law and Diplomacy, Tufts University, referierte Dr. Thomas Paulsen (C·A·P) zum Thema „Conflict Management and Preventive Diplomacy in Yugoslavia“. Am Center for German and European Studies der Georgetown University sprach er über „Future Challenges for a European Common Foreign and Security Policy“.

... Dr. Manuela Glaab (C·A·P) und Dr. Thomas R. Henschel (C·A·P) referierten auf einer Expertentagung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu den Themen „Politik und Öffentlichkeit in der Mediendemokratie“ (Glaab) und „Die Akzeptanz von Normen und Wertesystemen“ (Henschel).

... Lars Colschen (C·A·P) trug auf der Tagung „Außenpolitikforschung“ der Sektion Internationale Beziehungen der DVPW in Arnoldshain Ergebnisse des in der Forschungsgruppe Deutschland bearbeiteten DFG-Projekts „Bürokratische Regime als Bedingungsfaktor internationaler Kooperation“ vor.

Die Agenda 2000



V.l.n.r.: Jacques Delors, Werner Weidenfeld, Friedbert Pflüger.

Die Agenda 2000 war das zentrale Thema auf einer deutsch-französi- schen Konferenz in Berlin. Die Tagung war Teil eines Kooperations- projektes des C·A·P mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Groupement d'Études et de Recherches „Notre Europe“ aus Paris. Unter dem Vorsitz von Jacques Delors und Prof. Werner Weidenfeld wurde dis- kutiert, inwieweit deutsch-französische Berührungspunkte zur Lösung der Agenda 2000 gefunden werden können. Die Tagung wurde durch eine persönliche Einschätzung der deutsch-französischen Beziehungen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Hans-Friedrich von Ploetz, eröffnet. In die jeweilige Debatte zur Reform der Agrar-, Struktur- und Finanz- politik haben auf deutscher Seite Friedrich Wilhelm Graefe zu Barings- dorf, Norbert Wieczorek und Karl Lamers eingeführt. Die entsprechenden französischen Positionen wurden von Henri Nallet, Jérôme Vignon und Jean-Louis Bourlanges vorgestellt. Dabei wurde insgesamt deutlich, daß eine Lösung der Kontroversen um die Agenda 2000 nur durch Abstriche der Forderungen auf beiden Seiten zu erreichen ist. Wie ein Kompromiß- paket ausschauen kann, hat die Forschungsgruppe Europa in einem Posi- tionspapier zur Tagung vorgestellt. Das Papier „Solidarität und Kohäson in der Europäischen Union“ ist auf der Homepage des C·A·P unter [www. cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de) abrufbar.

Junior Round Table in Israel

Den europäisch-israelischen Dialog fördern, Integrationskonzepte ver- mitteln und nicht zuletzt die Kooperation zwischen den Hochschulen vertiefen - das hatte die Bertelsmann Stiftung im Blick, als sie zusammen mit der Forschungsgruppe Europa das „Netzwerk Europapolitik an is- raelischen Hochschulen“ initiierte. Unter diesem Leitmotiv stand auch der Junior Round Table, der gemeinsam mit dem aktuellen israelischen Projektpartner, dem Institute for European Studies der Jerusalemer Hebrew University, in Israel veranstaltet wurde. In einem Kibbuz bei Jerusalem hatten junge Postgraduierte aus EU-Mitgliedsstaaten und Israel die Gelegenheit, zum Thema der Osterweiterung der Europäischen Union sowie deren Auswirkungen auf die EU-Mitgliedsstaaten bzw. die Bei- trittskandidaten zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Rundgesprächs stan- den neben den ökonomischen und sozialen Problemen vor allem kultu- relle Aspekte sowie Fragen nationaler Identität, welche die Osterweiterung der EU mit sich bringen wird. Aktuelle Entwicklungen in Israel, wo seit dem Fall des Eisernen Vorhangs verstärkt Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa zu einem gesellschaftlichen Wandel beitragen, boten darüber hinaus die Gelegenheit zum europäisch-israelischen Vergleich. Auf beiden Seiten existierende Herausforderungen wie etwa der Umgang mit Minderheiten oder auch Nationalismus lieferten hierfür wichtige Anknüpfungspunkte.

Interessenausgleich und Demokratie

Interessenausgleich und Demokratie in der Europäischen Union waren die Themen der dritten Tagung „Systemwandel in Europa“, die im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Bertelsmann Wissenschafts- stiftung und dem Land Nordrhein-Westfalen stattfand. Josef Janning und Claus Giering stellten eine Analyse der Forschungsgruppe Europa zu in- stitutionellen Reformnotwendigkeiten und -optionen mit Blick auf die er- weiterte EU vor. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit dem Zusammen- hang von Demokratie und der Notwendigkeit einer europäischen Öffent- lichkeit sowie der Gegenüberstellung der Zentralisierungs- und Dezentra- lisierungstendenzen im europäischen Mehrebenensystem.

Aktuelle transatlantische Prioritäten in Amerika und Deutschland

Anläßlich der neuen innenpoliti- schen Konstellation auf beiden Seiten des Atlantiks veranstalte- te das C·A·P mit dem US-Ge- neralkonsulat in der Reihe „Transatlantic Issues Series“ einen Expertenroundtable zum Thema „Die transatlantischen Prioritäten des neuen amerika- nischen Kongresses und der neuen Bonner Koalition“. Nach einer Einführung in das Thema durch Dr. Thomas Paulsen (C·A·P) und den amerikanischen General- konsul George A. Glass erläuterten die Referenten Kenneth Moss, Professor an der National Defense University, und Christoph Moosbauer, MdB der SPD- Fraktion und Mitglied im Aus- wärtigen Ausschuß des Bundes- tages, die aktuellen außenpoli- tischen Prämissen der beiden Parlamente.

Strategien für Europa - Bilanz und Perspektive

Mit der Einführung des Euro wurde ein neues Zeitalter in Europa eingeläutet. Mit den nötigen Strategien, Entscheidungen und Weichenstellungen für Europas Zukunft hat sich die „Strategiegruppe Europa“ beschäftigt. Die Strategiegruppe begleitet seit vielen Jahren beratend das gemeinsame Projekt „Strategien für Europa“ der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa. Auf der diesjährigen Tagung standen die Folgefragen der Erweiterung für die Europäische Union und ihre Nachbarschaft, die politischen Folgeentscheidungen des Euro und Europas Rolle in der Welt im Mittelpunkt der Diskussion.

Die notwendigen Reformmaßnahmen für die Struktur und die Politik einer erweiterten Europäischen Union hat aus Regierungssicht der Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Schönfelder, und aus wissenschaftlicher Sicht der stellvertretende Direktor des C·A·P, Josef Janning, vorgestellt. Beide stimmten überein, daß ohne grundlegende Reformen vor der Erweiterung die Regierungsfähigkeit der EU in Frage gestellt wäre. Mit den Chancen und Risiken der künftigen Nachbarschaft einer erweiterten Union haben sich der schwedische Staatssekretär Jan Eliasson und Prof. Andras Inotai, Direktor am Institut für Weltwirtschaft in Budapest, auseinandergesetzt. Die Erweiterung wird eine klare außenpolitische Strategie der EU gegenüber ihren Nachbarn erfordern.

Die EU darf ihre außenpolitischen Aktivitäten allerdings nicht auf den regionalen Raum beschränken. Vielmehr gilt es, Europa auch als verantwortungsvollen Partner der USA in der Weltpolitik zu stärken. Zu diesem Ergebnis kamen der Direktor des Center for European Studies der Harvard University, Prof. George Ross, und der Kölner Professor Werner Link. Dazu gilt es die Führungsfrage in Europa zu beantworten. Wie politische Führung in Europa künftig gestaltet werden sollte, konnte der österreichische Außenminister Wolfgang Schüssel aufgrund der Erfahrungen mit der ersten österreichischen Ratspräsidentschaft berichten. Einen Ausblick auf Europas Zukunftsfragen aus deutscher Sicht gab der Staatssekretär des Bundesministeriums für Verteidigung, Dr. Walther Stützle. Politische Führung wird auch notwendig, um die vielfältigen Folgefragen des Euro bewältigen zu können. Die Bandbreite der aus der Euroeinführung entstehenden Anforderungen haben Stefan Collignon, Leiter der Unterabteilung Europa im Bundesfinanzministerium, und Prof. Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen aufgezeigt.

Förderung von Grenzregionen

Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Leipzig führte die Forschungsgruppe Europa eine Fachtagung zum Thema Euroregionen durch. An der Veranstaltung nahmen rund 40 Vertreter aus Landesregierungen und Euroregionen, Mitarbeiter in Projekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie Entscheidungsträger des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission teil. Gegenstand waren die Grenzregionen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entlang der östlichen Außengrenze der Europäischen Union. Das zentrale Problem der europäischen Förderprogramme und Finanzierungsmaßnahmen liegt in den ungleichen Zuständigkeiten für die Grenzregionen. Bei Interreg, Phare und Tacis existiert kein einheitliches Förderkonzept für die grenzüberschreitende Kooperation. Ausgehend von den vorgestellten regionalen Erfahrungen und den europäischen Zielsetzungen wurde eine Strategie zur grenzüberschreitenden Kooperation im Sinne des C·A·P-Projektes „Direkte Nachbarschaft zwischen der erweiterten EU und ihren künftigen Nachbarstaaten“ gefordert.

Politikberatung in den USA

Politikconsulting hat sich in den USA seit den sechziger Jahren zu einem boomenden Wirtschaftszweig entwickelt. Allein in einem Wahlkampfzyklus werden rund zwei Milliarden US-Dollar umgesetzt. In Deutschland hingegen ist Politikberatung kaum kommerzialisiert und oft nur ein Nebenprodukt akademischer Forschung. Umso interessanter war deshalb der Blick über den Atlantik, den Craig Kennedy (Präsident des German Marshall Fund, Washington, D.C.), Larry Kamer (Kamer, Singer & Associates, San Francisco) und Prof. Werner Weidenfeld anlässlich eines C·A·P-Forums unternahmen.

Expertentreffen in El Paso

Auf ihrem dritten Treffen befaßte sich die AG Migration der Transatlantischen Lerngemeinschaft in El Paso mit der Problematik einer effektiven Kontrolle von Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Entsende- und Empfängerstaaten und der Frage einer effizienten Aufgabenverteilung zwischen der US-Bundesregierung und regionalen bzw. lokalen Regierungsstellen.